

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Oktober 2016

TOP 1

Durch einen Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung beauftragt werden, eine Kommission einzusetzen, die die direkte Demokratie auf Landes- und kommunaler Ebene stärken soll. Die Kommission soll für den Landtag entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeiten. Sie soll unverzüglich gebildet werden und bis spätestens zum 31. Oktober 2017 ihre Ergebnisse und Empfehlungen vorlegen.

TOP 2

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE wachsen die Herausforderungen und Ansprüche an die Gesetzliche Krankenversicherung stetig an. Daher soll die Landesregierung eine Bundesratsinitiative initiieren, die zur Umwandlung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung führt. Alle Einkommensformen würden zur Beitragsfinanzierung herangezogen werden. Ein sich bereits im Bundesrat befindlicher Entschließungsantrag verschiedener Bundesländer sei zu unterstützen.

TOP 3

Auf Basis des von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurfs soll im Land befristet eine Wachpolizei eingerichtet werden. Das Gesetz regelt die Rechtsstellung der Angehörigen der Wachpolizei, deren Aufgaben und den Umfang der Befugnisse sowie die Einstellungs Voraussetzungen und die Qualifizierung. Die Einrichtung und Vorhaltung eines Wachpolizeidienstes in Sachsen-Anhalt soll für einen eingeschränkten Bereich der Aufgaben der Polizei kurzfristig und zeitlich begrenzt zusätzliches Personal zur Verfügung stellen.

TOP 4

Durch eine Änderung des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) im September 2016 wurden zum Ausgleich von Tarifsteigerungen zusätzliche Zuweisungen für 2016 vom Land an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährt. Diese konnten jedoch nicht vollständig zugeteilt werden. Durch die neuerliche Änderung des KiFöGs sollen nun die noch ausstehenden 1.936.851 Euro ausgezahlt werden.

TOP 5

Im Juni 2016 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag eingebracht, durch den der Landtag die Offenlegung der TTIP- und CETA-Dokumente als verdienstvoll bewerten sollte. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, nach der der wesentlich geänderte Antrag angenommen werden soll. So sollen „die grundsätzlich möglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorteile gemeinsamer Handelsabkommen“ anerkannt werden, gleichzeitig dürfe es zu „keiner Absenkung von Umwelt- und Sozialstandards kommen“.

TOP 6

Die Fraktion DIE LINKE drängt mit einem Antrag darauf, dass die von der Landesregierung angekündigte Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen im Rahmen des Doppelhaushaltes 2017/2018 zwingend mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen an

den Hochschulen einhergehen müsse. Dazu gehörten unter anderem stabile und berechenbare attraktive Karrierewege für das wissenschaftliche Personal der Hochschulen.

TOP 7

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die auskömmliche und kontinuierliche Finanzierung für Organisationen zur Beratung und Unterstützung von LSBTI sowie zur Bildung, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit sichergestellt werden. Darüber hinaus soll sich der Landtag von Sachsen-Anhalt für eine Verfassungsänderung aussprechen und die Landesverfassung im Artikel 7 Absatz 3 (Gleichbehandlung) um das Merkmal der sexuellen Identität ergänzen.

TOP 8

Nach Ansicht der AfD-Fraktion müsse das Heranwachsendenstrafrecht abgeschafft werden. Es sei nicht mehr zeitgemäß, dass Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr nach dem Jugendstrafrecht belangt werden könnten. Daher fordert die Fraktion in einem Antrag, gegenüber dem Bund darauf hinzuwirken, „die Rechtsfigur des Heranwachsenden nach §§ 105 ff. Jugendgerichtsgesetz ersatzlos abzuschaffen und straffällige Personen über 18 Jahre strafrechtlich generell als Erwachsene zu behandeln“.

TOP 9

„Durch die unregelmäßige Masseneinwanderung kommen gänzlich andere Vorstellungen von Ethik und Moral in unser Land“, konstatiert die AfD-Fraktion in einem Antrag. Der Schutz des Kindeswohls und die Unversehrtheit der Kinder seien zu stärken. Durch den Antrag soll die „Ehemündigkeit grundsätzlich und ohne Ausnahme erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres“ eintreten. Eine kirchliche oder religiöse Trauung soll erst nach der standesamtlichen Eheschließung zulässig sein.

TOP 10

Der Landtag soll sich auf Antrag der Fraktion DIE LINKE für die Bekämpfung der gesellschaftlichen Bedrohung durch den Rechtsextremismus aussprechen. Jegliche Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen seien ernsthafte Bedrohungen für die Gesellschaft. Sie seien gegenwärtig insbesondere in Form von Rassismus, rechtsmotivierten Gewalttaten, hasserfüllter und hasserzeugender Hetze vor allem gegen Geflüchtete spürbar und wirkungsmächtig, so der Wortlaut des Antragstextes.

TOP 11

Die Landesregierung soll laut eines Antrags der Fraktion DIE LINKE aufgefordert werden, die für 2016 noch ausstehenden Zuwendungsbescheide für die Jugendarbeit, Jugendverbände, Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes unverzüglich zu bewilligen und den Trägern die notwendigen Mittel zukommen zu lassen. Zukünftig soll sichergestellt werden, dass die Zuwendungsbescheide spätestens im I. Quartal bearbeitet und bewilligt werden.

TOP 12

Bund und Länder einigten sich am 14. Oktober 2016 auf eine Neuregelung des Finanzausgleichssystems ab 2020. Das Verhandlungspaket beinhaltete auch die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Bundesfernstraßen und -autobahnen. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Schaffung einer solchen „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ abgelehnt werden. Stattdessen soll sich die Landesregierung für den Fortbestand der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen einsetzen.

TOP 13

Zwar sinke die Zahl der Asylbewerber, aber „die Probleme bei der Bewältigung“ stiegen weiter an, meint die AfD-Fraktion: „Die Behördenentscheidungen dauern nach wie vor zu lange.“ Die Landesregierung soll daher beauftragt werden, dem Landtag einen detaillierten Maßnahmenplan des Ministers für Inneres und Sport vorzulegen, um den Abschiebedruck gegenüber sofort ausreisepflichtigen Ausländern zu erhöhen. Ziel sei die effektive Steigerung der Rückführungszahlen.

TOP 14

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Oktober die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

TOP 15 (a+b+c)

(a) Die Universitätskliniken in Sachsen-Anhalt stehen nach Ansicht der SPD-Fraktion anhaltend vor dem Problem, die für die Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft und für eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau erforderliche Ausstattung kontinuierlich zu refinanzieren. Um dieses Thema ausführlich zu diskutieren, hat die Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt, die am Freitag als erster Tagesordnungspunkt behandelt wird.

(b) Das Reformationsjubiläum im nächsten Jahr soll der Höhepunkt einer ganzen Reformationsdekade sein. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Debatte initiiert, die Gelegenheit geben soll, die Position der Landesregierung und der im Landtag vertretenen Fraktionen darzustellen, wie das Reformationsjubiläum im Interesse aller Menschen in Sachsen-Anhalt gestaltet werden könne.

(c) Tödliche Fangewalt am Rande von Fußballspielen, immer aggressivere „Reichsbürger“, Terrorverdächtige in Mitteldeutschland und neuerdings auch sogenannte „Grusel-Clowns“: Die innere Sicherheit im Land steht nach Ansicht der CDU-Fraktion immer wieder vor neuen Herausforderungen. Um diese näher zu beleuchten, hat die Fraktion eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Sicherheit auch und erst recht in diesen Zeiten: Staat und Gesellschaft gemeinsam für den Rechtsstaat“ beantragt.